

Legal – grenzlegal – illegal

Deutsche Kleinwaffenexporte nach Lateinamerika

Drei von vier Menschen, die in kriegerischen Auseinandersetzungen ihr Leben verlieren, sterben durch Pistolen- und Gewehrkugeln. Dass die Bundesregierung aus dem Rüstungsexportdesaster vergangener Jahre nichts gelernt hat, belegen aktuelle Zahlen zu Ausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen: Diese erreichten mit 82,63 Millionen Euro im Jahr 2013 einen neuen Höchststand. Mehr als die Hälfte der Waffen konnte legal – mit Genehmigung des Bundes – in problematische Drittländer exportiert werden. Die Folgen sind fatal: Mit der Genehmigung stabilisiert die Bundesregierung vielfach menschenrechtsverletzende Regierungen und deren Militärs.

Tatort Mexiko

Im April 2010 stellte ich Strafanzeige gegen den Oberndorfer Gewehrhersteller und -exporteur Heckler & Koch. Diese erweiterte ich im Februar 2014 um eine zweite Strafanzeige. Zum heutigen Zeitpunkt ist erwiesen, dass illegalerweise rund 4.500 von mehr als 9.000 G36-Sturmgewehren in den mexikanischen Bundesstaaten Chiapas, Chihuahua, Guerrero und Jalisco landeten. Dortige Polizisten – vielfach korrupt und selbst in Straftaten verwickelt – wurden von Heckler & Koch-Mitarbeitern am G36 geschult. Wohlgermerkt Gewehre, die rechtlich gesehen überhaupt nicht in den vier Unruheprovinzen sein dürften. Im Fall meiner zweiten Strafanzeige besteht der Verdacht widerrechtlichen Transfers von Know-how und Technologie, sodass von einer mexikanischen Firma Zehntausende von Sturmgewehren des Typs FX05 in Eigenregie für die Streitkräfte des Landes gefertigt werden konnten.

Die Staatsanwaltschaft soll mittlerweile gegen mehr als 20 Verdächtige ermitteln. Soweit bekannt, geht es um die Verletzung des Außenwirtschafts- und des Kriegswaffenkontrollgesetzes. Die Bundesregierung verhängte vorerst ein Kleinwaffenexportverbot für Mexiko. Für Anfang 2015 kann mit der Anklageerhebung seitens der Staatsanwaltschaft gerechnet werden.



DIE IPPNW IST MITGLIED IM TRÄGERKREIS DER AUFSCHREI-KAMPAGNE.

Tatort Kolumbien

Gegenüber Kolumbien, wo der längstwährende Bürgerkrieg der Welt tobt, besteht seitens deutscher Rüstungsexportkontrollbehörden ein Ausfuhrverbot für Kleinwaffen. Umso schwerer wiegt der Vorwurf, wonach sowohl die Firma SIG Sauer als auch Carl Walther widerrechtlich Abertausende von Pistolen und wohl auch weitere Waffen in das Bürgerkriegsland geliefert haben sollen – augenscheinlich über die USA. Daraufhin haben wir seitens des Sprecherkreises der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ am 17. Februar gegen Carl Walther und am 22. August 2014 gegen SIG Sauer Strafanzeige gestellt.

Mit Heckler & Koch, Carl Walther und SIG Sauer stehen alle drei führenden Gewehr- bzw. Pistolenhersteller Deutschlands im Verdacht, illegal Kleinwaffen in lateinamerikanische Länder exportiert zu haben.

Nach Jahrzehnten hemmungsloser Genehmigungspolitik bei Kleinwaffen könn-

te sich das Blatt nun auf anderer Ebene wenden. Nur wenige Tage nach Bekanntwerden des Verdachts widerrechtlicher Waffenlieferungen führte die Staatsanwaltschaft Kiel Hausdurchsuchungen im SIG Sauer-Werk und in Privatwohnungen von Besitzern durch. Erfreulicherweise wurde SIG Sauer kurz darauf mit einem Exportverbot belegt. Ein Schritt, der auch gegenüber Carl Walther und Heckler & Koch überfällig ist. Doch in Baden-Württemberg ticken die Uhren rüstungsindustrie-freundlicher als in Schleswig-Holstein.

Die Chance von Strafanzeigen

Mit Waffenlieferungen wird Öl ins Feuer von Krisen und Kriegen gegossen. Wer Kriegswaffen und Rüstungsgüter an Menschenrechtsbrecher exportiert, leistet vielfach Beihilfe zu Mord, im Falle von Kleinwaffentransfers zu Massenmord.

Wer eine friedliche und gerechte Welt anstrebt, muss sich für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen. Den Beginn sollte die internationale Staatengemeinschaft mit einem Verbot von Kleinwaffenexporten und Lizenzvergaben einleiten. Positive Vorbilder sind die weltweiten Verbote von Landminen und Streubomben. Um den Druck auf die Gewehr- und Pistolenproduzenten zu erhöhen und zumindest illegale Waffentransfers zu unterbinden, sind Strafanzeigen – meinerseits gegen Heckler & Koch und seitens des Sprecherkreises der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ gegen Carl Walther und SIG Sauer – ein probates Mittel. Sollte der Nachweis illegaler Waffenausfuhr erbracht werden und es zu Verurteilungen kommen, drohen den Verantwortlichen Haftstrafen von zwei Jahren und mehr.

Jürgen Grässlin
ist Sprecher
der Kampagne
„Aktion
Aufschrei –
Stoppt den
Waffenhandel!“

